

ÜBERSICHT

AUSSENPOLITIK

BRD

(1) Deutsche Wirtschaftsdelegation in der VRCh

Eine Delegation von 19 führenden Managern der deutschen Wirtschaft ist am 21.5. zu einem zehntägigen Informationsbesuch in die VRCh geflogen. Der Delegationsleiter, Berthold Beitz, Präsident der Krupp-Stiftung, erklärte vor dem Abflug auf dem Frankfurter Flughafen: "Wir wollen erkunden, was der chinesische Markt zum Einkaufen bietet und was er aufnimmt". Der Besuch sollte nicht den Zweck verfolgen, direkte Verhandlungen zu führen. Beitz hatte die Einladung für den Besuch bereits 1970 erhalten. Er betonte, daß der Besuch der Wirtschaftsdelegation keine politischen Hintergründe habe.

Am 27.5. wurde die Delegation von Chou En-lai empfangen (NCNA 27.5.). Der chinesische Ministerpräsident eröffnete dieses Gespräch mit Erinnerungen an seine Zeit in Deutschland und bemerkte u.a., er kenne nur Königsberg, nicht aber Kaliningrad. Chou erkundigte sich eingehend nach dem heutigen Aussehen deutscher Städte, erwähnte Köln, Bonn und Göttingen und fragte, wie schwer Berlin unter den Bomben gelitten habe, und ob die Kantstraße, in der er während seines einjährigen Deutschlandaufenthaltes gewohnt hatte, zerstört worden sei (Die Welt 29.5.73). Während der Gespräche wurde u.a. ein Wissenschaftleraustausch erwogen. Im übrigen gaben die Delegationsmitglieder einen kurzen Überblick über die Entwicklung auf ihren Fachbereichen, wobei Chou En-lai immer wieder Zwischenfragen stellte und Kommentare aus chinesischer Sicht abgab. Am Ende des Gesprächs hielt Chou den Delegationsführer Berthold Beitz noch zurück und unterhielt sich mit ihm über mehrere Fragenbereiche (Ausschluß Taiwans aus dem Internationalen Olympischen Komitee, Verlegung der derzeit in Paris befindlichen Ausstellung auch in die BRD, und zwar in die "Villa Hügel" in Essen, und andere Fragen). Wie schon beim Empfang des neuen Botschafters Paul fiel auch diesmal wieder die spontane und außerordentlich intensive Kontaktaufnahme chinesischer Spitzenpolitiker mit dieser doch eigentlich nicht regierungs-offiziellen Wirtschaftsdelegation auf.

Schon vorher hatte die Delegation Gespräche u.a. mit Li Chiang, dem Stellvertretenden Außenhandelsminister, geführt (NCNA 24.5.73). Li hatte den bekannten Grundsatz Chinas noch einmal betont, daß die Volksrepublik keine Fremdinvestitionen zulassen werde und daß man grundsätzlich auch von Krediten Abstand nehme. Beim Import großer Anlagen könne man jedoch ein System verzögerter Zahlungen akzeptieren. Es würden nämlich 25-30 % des Preises bei Lieferung oder Inbetriebnahme eines Werkes bezahlt, während die Restsumme in Raten abgetragen werden sollte, die sich in einem Rahmen bis zu fünf Jahren bewegen könnten. China habe besonderes Interesse am Import von Maschinen und Betriebsausrüstungen für die Schwerindustrie sowie für Ausrüstungen, die der Erschließung von Kohle, Öl und

Gasvorkommen dienlich sind. Nicht als direktes Ergebnis, wohl aber als Nebenprodukt des Besuches der deutschen Wirtschaftsdelegation könnte es auch zum Kauf eines kompletten Walzwerkes im Werte von 1,1 Mrd. DM kommen (FAZ 28.5.73).

Als dringend betrachtet China - so konnte die Delegation erfahren - den Ausbau seiner Häfen, von denen die größten so überlastet sind, daß Schiffs Liegezeiten von bis zu 30 Tagen in Kauf genommen werden müssen. An Textilmaschinen ist die VRCh nicht interessiert, da ihre Industrie hier selbst auf hohem Niveau steht. Interessant für die deutsche Industrie aber dürfte die Elektrifizierung der Eisenbahnstrecken und der Ausbau des Post- und Fernmeldewesens der VRCh sein.

Nach ihren Besuchen in Peking setzte die deutsche Delegation ihre Besichtigungen in Shanghai und Hangchow fort.

In einem Interview mit dem "Spiegel" skizzierte Berthold Beitz kurz seine wichtigsten Eindrücke: "Wir sind noch am Anfang einer neuen Ära Der Handel wird sich zwar nicht sprunghaft, aber doch langsam ausdehnen Bis jetzt haben wir keine Schwierigkeiten gehabt. Die Chinesen haben stets in bar bezahlt. Sie haben keine langfristigen Kredite verlangt und auch keine Zinsforderungen von 3% gestellt Das Wort Kooperation ist nicht gefallen Die Chinesen erwarten gute Technik, prompte Lieferzeiten und evtl. Unterstützung in Form wissenschaftlich-technischer Zusammenarbeit Eine deutsche Industrieausstellung in Peking wird bestimmt nicht vor 1975 stattfinden aber dann sicher". Am meisten habe ihn die "Gelassenheit, Ruhe und jene Sicherheit beeindruckt, mit der die Chinesen ihre Probleme erfassen Die deutschen Beziehungen zu den Russen wurden nur am Rande erwähnt, aber immer ohne Böswilligkeit, sehr elegant und ruhig" (Spiegel 4.6.73 S.32).

(2) Hsinhua-Berichte über die BRD**a. Brandts USA-Reise**

In einem kommentarlosen und sachlichen Bericht gibt Hsinhua (NCNA 6.5.73) die Ergebnisse der Amerikareise Bundeskanzler Brandts wieder. Mit einer zwar nicht verbalisierten, wohl aber unausgesprochen zwischen den Zeilen stehenden Genugtuung werden die wichtigsten Punkte des Abkommens wiedergegeben: Notwendigkeit der "Atlantischen Solidarität" im Sinne einer "ausgewogenen Partnerschaft zwischen Westeuropa und den Vereinigten Staaten"; ausreichende militärische US-Präsenz in Europa als glaubhaft Abschreckungsmacht; "Abrüstung nach dem Grundsatz der Ausgewogenheit der Kräfte"; Reform des Weltwährungssystems und der internationalen Handelsbeziehungen durch multilaterale Verhandlungen, wobei alle Mitglieder der atlantischen Allianz als gleichberechtigt behandelt werden sollen usw.

Ausdrücke wie "amerikanischer Imperialismus" oder "westdeutscher Militarismus" kommen nicht vor. Auch die Forderung nach einem amerikanischen Truppenabzug wird nicht mehr erhoben.

b. NCNA 1.5.73: "In die Höhe schnellende Lebenshaltungskosten plus Steuererhöhungen haben den Lebensstandard der Werktätigen in der BRD sehr nachteilig beeinflusst". Angesichts dieser Verhältnisse hätten zahlreiche Streiks und Demonstrationen stattgefunden (Aufzählungen im einzelnen), die alle "zu größeren und kleineren Siegen führten".

c. Radio Peking, 13.5.73, chinesisch: "Die Journalisten der Nachrichtenagentur Hsinhua hatten am 5. Mai anlässlich des 155. Geburtstag von Karl Marx Trier besucht. Die Delegation folgte dem weiteren Lebensweg dieses "großen Lehrers der proletarischen Weltrevolution" zu seinem Studienort nach Bonn: "In Bonn verstand Marx noch gründlicher das reaktionäre Wesen des deutschen Feudalismus. Auf dem Flur der Bonner Universität sahen wir verschiedene Wandzeitungen vom Protest gegen das südvietnamesische Marionettenregime Nguyen Van Thieu, der Westdeutschland besuchte, bis zum Protest gegen die Preissteigerungen Die Ideologie schlug hier hohe Wellen. Wohin geht die westdeutsche Jugend? Dies ist dem Anschein nach die zentrale Frage, die im Augenblick nach einer Lösung verlangt".

(3) Ärztedelegation der BRD in der VRCh

Zum ersten Mal seit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur VRCh ist Anfang Mai eine Gruppe von 16 Ärzten und Angehörigen verwandter Berufe zu einer Reise nach China gestartet. Veranstalter der Reise, die in erster Linie dem Studium von Krankenhäusern in China mit Spezialinformationen über die Akupunktur und die Heilung komplizierter Knochenbrüche gilt, ist ein Hannoversches Reisebüro (FAZ 8.5.73).

WESTEUROPA

(4) Griechenlands Stellvertretender Ministerpräsident in Peking

Der griechische Stellvertretende Ministerpräsident, Oberst a.D. Nikolaos Makarezos, hat in offizieller Mission der VRCh vom 19. bis zum 26.5. einen Besuch abgestattet und unterzeichnete dort drei Verträge über Handel und Zahlungen, Schiffsverbindungen und eine Luftverbindung (NCNA 23.5.73).

Die Chinareise Makarezos' erfolgte in einem Augenblick in dem Peking offensichtlich bestrebt ist, seine diplomatische Präsenz im Mittelmeerraum zu unterstreichen. Insofern besteht ein innerer Zusammenhang zwischen der Griechenland- und der Spanienpolitik der VRCh, die beide von antisowjetischen Motiven getragen sind (Näheres zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Madrid vgl. C.a.1973/4 - Ü4).

Die Überlegungen Athens sind sowohl wirtschaftlich als auch politisch bestimmt. Zunächst einmal kann nicht übersehen werden, daß Makarezos als Stellvertretender Ministerpräsident die Aufsicht über die Wirtschaftspolitik innehat. Es ist auch bekannt, daß er eine positive Einstellung gegenüber den schon seit langem ventilierten China-Wünschen der griechischen Reeder hat.

Offensichtlich geht es der Regierung Papadopoulos aber auch darum, propagandistische Gewinne zu erzielen. Von einer außenpolitischen Isolierung Griechenlands könne bestimmt keine Rede sein, wenn sogar die Protagonisten der Weltrevolution, die Chinesen, einen hohen griechischen Beamten ex officio einladen. Außerdem zeigt doch die Einladung, daß die Regierung der VRCh die Überzeugung habe, das gegenwärtige Regime Griechenlands sei innenpolitisch konsolidiert.

Am 22.5. wurde Makarezos "in einer freundschaftlichen Atmosphäre" von Chou En-lai empfangen. Li Hsien-nien, Stellvertretender Ministerpräsident der VRCh, wird Griechenland einen Gegenbesuch abstatten (NCNA 26.5.73).

In den Handelsvereinbarungen, dem ersten Clearing-Abkommen der VRCh mit einem Staat des Westens, ist ein Güteraustausch im Gesamtvolumen von 20 Mio. US \$ vorgesehen.

Besonders bedeutsam ist das Schifffahrtsabkommen. Immerhin haben die Chinesen schon gegenwärtig nicht weniger als 300 Schiffe unter griechischer Flagge mit einem Laderaum von über 2 Mio. BRT gechartert. Diese Zusammenarbeit mit griechischen Reedern soll in Zukunft noch verdichtet werden.

Im Rahmen der vereinbarten direkten Luftverbindungen soll die Olympic Airways Peking über Tokyo anfliegen, während die Chinesen von Athen aus in den Nahen Osten und nach Afrika weiterfliegen können.

(5) Im griechischen Irrgarten

Anfang Mai nahm der chinesische Botschafter in Athen, der gerade im vorigen Monat angekommen war (C.a. 73/4 - Ü3), irrtümlicherweise am Empfang des israelischen Gesandten anlässlich des 25. Jahrestages Israels teil. Chou Po-ping, der chinesische Botschafter, erklärte später, daß es sich dabei um einen "technischen Fehler" gehandelt habe: "Ich glaubte, die Botschaft von Kuwait" besucht zu haben. Allerdings gibt es in Athen gar keine kuwaitische Botschaft.

Als ein westlicher Journalist, der den chinesischen Botschafter bei einem herzlichen Händeschütteln mit dem israelischen Botschafter antraf, die Frage stellte, ob hierin eine Anerkennung Israels liege, wurde er mit einem entrüsteten "Nein!" abgefertigt: "Ihre Frage ist bizarr, sehr bizarr!"

Kurz darauf verließ der Botschafter das Gebäude, nicht ohne sich vorher vom israelischen Gesandten freundlich verabschiedet zu haben (IHT 14.5.73).

(6) Außenminister Luxemburgs in Peking

Der Außenminister des Großherzogtums Luxemburg, Gaston Thorn, besuchte vom 4. bis zum 10. Mai auf Einladung des Außenministers der VRCh, Ch'i P'eng-fei, die VRCh (NCNA 4. und 10.5.73). Auf einem Bankett in Peking brachten beide Außenminister ihre einmütige Ablehnung der Pachtspolitik zum Ausdruck. Sie traten dafür ein, daß alle Staaten gleich behandelt werden sollten. Das chinesische Volk bewundere Luxemburg wegen seines Festhaltens an Eigenständigkeit und Unabhängigkeit. Viele kleine und mittlere europäische Staaten vereinigten sich heute im Kampf zur Verteidigung ihrer Unabhängigkeit und widersetzten sich Machtpolitik und Hegemoniebestrebungen.

Die beiden Staaten hatten im November 1972 diplomatische Beziehungen aufgenommen.

(7) Skandinavischer Besucherstrom

Anfang Mai traf Dagfinn Vaarvik, Außenminister des Königreichs Norwegen, zu einem Freundschaftsbesuch auf Einladung des chinesischen Außenministers in China ein (NCNA 8.5.73). Ihm folgte schon wenige Tage später der dänische Außenminister K.W. Andersen, der am 18.5. ein Luftverkehrsabkommen unterzeichnete (NCNA 18.5.73).

Im Berichtszeitraum wurde auch ein Abkommen zwischen der Pekinger Luftfahrtbehörde und den Scandinavian Air-Lines Systems geschlossen.

SOWJETUNION UND OSTEUROPA

(8) UdSSR: Grenzverhandlungen

Der sowjetische Delegationsleiter bei den chinesisch-sowjetischen Grenzverhandlungen, Stellvertretender Außenminister Iljitschew, ist am 15. Mai zusammen mit dem sowjetischen Botschafter in China, Tolstikow, wieder in Peking eingetroffen. Diese Nachricht bestätigt die Vermutung, daß Iljitschew und Tolstikow seit der letzten Tagung der "Gemischten Chinesisch-Sowjetischen Kommission für die Schifffahrt auf den Grenzflüssen", die im Mai stattfand, nicht mehr in Peking weilten (zum 18. Treffen der Gemischten Chinesisch-Sowjetischen Kommission für Schifffahrt auf den Grenzflüssen vgl. C.a.73/4 - Ü7: Das Treffen hatte vom 15.1. bis zum 5.3.73 gedauert).

NORDAMERIKA

(9) USA-VRCh: Antrittsbesuch der "Chefs" der Verbindungsbüros

Am 14. Mai reiste David Bruce, der Chef des amerikanischen Verbindungsbüros in Peking, von Hong Kong aus zusammen mit fünf Begleitern in die VRCh ein. Er wurde - wenig zereemoniell - an der Shun Chun-Brücke von zwei Vertretern der Volksbefreiungsarmee kurz auf seine Papiere überprüft, fuhr dann nach Canton und flog von dort nach Peking. Es wird wahrscheinlich noch 3 oder 4 Wochen dauern, bis das dortige Büro offiziell eröffnet wird.

Bruce hatte noch in Hong Kong einigen Journalisten mitgeteilt, daß er nicht glaube, der Watergate-Skandal oder die gegenwärtigen Klimaschwankungen in Indochina könnten seine Tätigkeit beeinträchtigen (IHT 15.5.73).

Die Ankunft von Bruce war durch einen wohlfunktionierenden Vorausstab geregelt worden. Auch hatte man vorher bereits alles, was der neue Verbindungsmann brauchte, eingeflogen.

Ob Bruce mehr sein wird als ein Beobachter, wird sich noch zeigen müssen. Es steht zu vermuten, daß die eigentlich entscheidenden Akzente nach wie vor vom amerikanischen Präsidenten über seinen Berater Kissinger gesetzt werden. Größere Bedeutung als dem amerikanischen Mittelsmann in Peking wird wohl auch dem chinesischen Botschafter in Paris, Huang Chen, zukommen (vgl. C.a.73/5-S.231).

Im übrigen aber wird erwartet, daß Bruce alle Funktionen eines Botschafters ausübt, u.a. also auch bei den formellen Staatsbanketten in der Großen Halle des Volkes stets dabei sein wird. Als Bruce auf seine Funktionen angesprochen wurde, meinte er, er erwarte von seiner Rolle "to do a little of everything". Das Verbindungsbüro wird sämtliche diplomatischen Aktivitäten wahrnehmen, einschließlich der politischen Berichterstattung sowie der Entwicklung von Handels- und Kulturbeziehungen. In der Zwischenzeit wurde dem Verbindungsbüro sogar gestattet, die amerikanische Flagge

aufzuziehen. Das Gebäude des Büros ist exterritorial wie das anderer Botschaften. Auch sechs Marinesoldaten werden künftig in Uniform die Botschaft bewachen. Die Mission ist also nur dem Namen nach keine Botschaft.

Angesichts dieser Zwitterstellung ist der Titel des neuen "Botschafters" nach wie vor ungewiß. In der englischsprachigen NCNA gilt Bruce als "Chief of the Mission", von chinesischen Offiziellen wird er als "Chu-jen" (主人) (Direktor) bezeichnet.

Am 18. Mai bereits traf David Bruce mit Ministerpräsident Chou En-lai zusammen und führte mit ihm ein längeres Gespräch. Anwesend waren u.a. Vizeaußenminister Chiao Kuan-hua und der Leiter des Verbindungsbüros der VRCh in den USA, Huang Chen (NCNA 18.5.73).

Schon jetzt steht fest, daß Bruce nicht mit jenen Verhandlungen befaßt sein wird, die den Fragenkreis der in den Vereinigten Staaten blockierten chinesischen Guthaben und der eingefrorenen amerikanischen Vermögenswerte in China betreffen. Aus Kreisen des US-Verbindungsbüros in Peking verlautet dazu, daß die Verhandlungen in Washington geführt würden. Nach amerikanischen Angaben waren nach der kommunistischen Machtübernahme in China 1949 etwa 70-80 Mio. US \$ in den USA auf ein Sperrkonto überwiesen worden. Im Gegenzug konfiszierten die Chinesen US-Vermögenswerte in Höhe von etwa 195 Mio. US \$.

Huang Chen, der Leiter des chinesischen Verbindungsbüros in Washington (vgl. C.a.73/5 - 231 ff.) traf am 29.5.73 in den USA ein und wurde bereits am folgenden Tag im Beisein einer chinesischen Pressedelegation und des Sicherheitsberaters Kissinger von Präsident Nixon empfangen. (JT 31.5.73).

(10) Ansinnen an die "New York Times"

Am 16. Mai protestierte die chinesische Regierung gegen die Praxis der New York Times, Anzeigen von "antikommunistischen Chinesengruppen" und von der "Nationalistischen Regierung auf Taiwan" abzudrucken. Chou Nan, Kanzler der Pekinger UN-Mission, bat A.M. Rosenthal, den Herausgeber der NYT, zu sich und bedeutete ihm, daß die Fortsetzung der bisherigen "unfreundlichen Praxis nicht im besten Interesse des Austausches von Journalisten" zwischen den USA und China liege. (War damit auf den Antrag der NYT angespielt, in Peking ein Korrespondenzbüro zu errichten?).

Zwei Tage später veröffentlichte die NYT einen Kommentar, in dem sie deutlich machte, daß sie sich von ihrer bisherigen Politik nicht abbringen lasse, allen Interessenten Anzeigenraum offenzuhalten, es sei denn, daß vulgäre, obszöne, rassistische oder betrügerische Anzeigentexte eingereicht würden (IHT und CSM 18.5.73).

ASIEN

(11) Japan: Liao Cheng-chih und seine Delegation beenden Besuch

Zum Abschluß des Freundschaftsbesuches einer 45-köpfigen Delegation unter Liao Cheng-chih gab der chinesische Botschafter in Japan, Chen Chu, am 14. Mai in Tokyo einen großen Empfang zu Ehren japanischer Persönlichkeiten sowie der in Japan ansässigen Koreaner und "chinesischen Patrioten".

Anwesend waren über 2 500 Personen. Liao führte u.a. aus: "Wir haben die sehr alten Bande, zwischen unseren beiden Völkern auf den Gebieten der Geschichte, der Kultur u.a. m. neu geknüpft und einen noch nie dagewesenen Aufschwung der Gefühle für die japanisch-chinesische Freundschaft feststellen können Unsere beiden Völker werden von Generation zu Generation Freunde sein Wir hoffen, daß die Kontakte zwischen dem chinesischen und dem japanischen Volk sich noch mehr entwickeln und die freundschaftlichen Beziehungen umfassender, inhaltsreicher und mannigfaltiger werden. Wir hoffen ferner, daß die gemeinsame Erklärung der chinesischen und der japanischen Regierung vollständig mit Leben erfüllt und die gutnachbarlichen Beziehungen der Freundschaft sich konsolidieren und entwickeln werden " (NCNA 15.5.73).

Am 18.Mai drückte Liao die Hoffnung aus, daß demnächst "ein Vertrag des Friedens und der Freundschaft" zwischen Peking und Tokyo unterzeichnet werde.

Die Delegation hatte u.a. bei Premierminister Tanaka, Außenminister Ohira, Handels- und Industrieminister Nakasone und bei beiden Präsidenten der Kammern des Abgeordnetenhauses vorgeschlagen. Trotzdem ist seit der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen im September letzten Jahres auf offizieller Ebene bisher wenig Fortschritt erzielt worden. Besonders im Vordergrund steht zur Zeit das nach wie vor ungelöste Problem einer Flugroute zwischen Tokyo und Peking, die China der Japan Air-Lines nur einräumen will, falls diese in Zukunft darauf verzichtet, die rentable Linie Tokyo-Taipei zu befliegen.

In viel höherem Maße als die Staat-Staat-Beziehungen wurde also die "zweite Diplomatie" gepflegt, bei der es darum ging, sich mit Akademikern und Intellektuellen, Arbeitern und Bauern in Verbindung zu setzen.

(12) Kambodscha: Flexiblere Gesamtstrategie Sihanouks

In einem Interview der BBC mit Wilfred Burchett, dem bekannten kommunistischen Reiseschriftsteller, der gerade vorher ein Gespräch mit dem kambodschanischen Exilchef geführt hatte, ergaben sich folgende Aussagen:

Burchett: "Die Gesamtstrategie Sihanouks hat sich geändert. Ich habe Sihanouk kürzlich dreimal besucht. Als ich bei ihm vor seiner Reise nach Hanoi in Peking vorsprach, sagte er mir, es gebe für Kambodscha nur eine rein militärische Lösung Als ich ihn dann zum zweitenmal besuchte, hatte er gerade Gespräche mit Chou En-lai und Pham Van Dong hinter sich und erklärte nun: 'Ich habe die ganze Sache mit meinen guten Freunden durchgesprochen. Schließlich haben sie ja in Paris ein Abkommen geschlossen, um den Vietnamkrieg zu beenden, und einige Teile dieses Abkommens erwähnen auch Kambodscha und Laos. Wir können uns daher eine rein kriegerische Haltung nicht mehr leisten. Wir müssen unsere Haltung ändern. Ich habe mit dem anderen Teil unserer Regierung, der sich im Dschungel Kambodschas befindet, gesprochen. Wir müssen eine flexiblere Haltung einnehmen - und das schließt möglicherweise Verhandlungen mit den USA ein. Mit Lon Nol bin ich zu keinen Verhandlungen bereit; ich sträube mich aber nicht, mit den USA über eine Regelung zu verhandeln; zumindest habe ich das dem anderen Teil unserer Regierung vorgeschlagen, der sich

im Dschungel befindet, und ich hoffe, daß ich die Sache bald an Ort und Stelle mit dem anderen Teil erörtern kann' (MD Asien 14.5.73 S.6).

Durch die Streichung weiterer Gelder für den Einsatz der US-Luftwaffe in Kambodscha ist das amerikanische Engagement vor allem um Phnom Penh nur noch eine Frage von wenigen Monaten. Nach Ansicht Sihanouks werde die kambodschanische Hauptstadt den Befreiungsstreitkräften wie eine reife Frucht in die Hände fallen. Sihanouk gab bekannt, daß die Volksstreitkräfte jetzt 120 000 Mann umfaßten. Nur aus humanitären Gründen wolle man das von 1,5 Millionen Menschen überfüllte Phnom Penh nicht angreifen; denn ohne Zweifel würde dann die ganze US-Luftwaffe auf die Hauptstadt eingesetzt und Phnom Penh total zerstört werden. "Wir haben schon verschiedene weniger wichtige Städte befreit und dann stets nur Geisterstädte vorgefunden, die total zerstört waren Daher möchten wir nicht, daß unserer Hauptstadt das gleiche Schicksal widerfährt" (Interview mit Radio Bamako in MD Asien 18.5.73, S.1-3).

Am 18.Mai nannte Sihanouk die Bedingungen für eine Normalisierung der Beziehungen Kambodscha - USA:

- Einstellung aller amerikanischen Luftoperationen in Kambodscha;
- keine Militärberater mehr für Lon Nol;
- Abzug aller im amerikanischen Dienst stehenden Militärs aus Kambodscha ;
- direkte Verhandlungen mit der "Königlichen Regierung" Kambodschas (NCNA 18.5.73).

Am 8. Mai verließ Sihanouk, u.a. von Chou En-lai am Pekingener Flughafen verabschiedet, China, um Senegal, Guinea, Mali, die Republik Kongo, Albanien, Mauretanien, Algerien, Jugoslawien und Rumänien zu besuchen. Alle 9 Staaten stehen zu China in einem freundschaftlichen Verhältnis, so daß Sihanouk hier als eine Art inoffizieller Gesandter auftritt, während er doch gleichzeitig auch für die Sache Kambodschas zu wirken versucht. Sihanouk will bei diesen Besuchen auch Filmmaterial vorführen, das ihn bei seinem jüngsten Besuch in Kambodscha, u.a. in Angkor, zeigt.

Ziel der Reise ist es, der Vorbereitung einer Gipfelkonferenz der Chefs blockfreier Staaten zu dienen, die im September d.J. in Algerien stattfinden soll. Sihanouk hofft dabei vor allem in der Dritten Welt Unterstützung für seine Regierung gegenüber dem Lon Nol-Regime zu finden.

Zwischen seinem Kambodscha-Besuch und der nun folgenden Afrika-Safari hatte Sihanouk, wiederum mit dem Segen Chou En-lais, eine Tour nach Nordkorea eingelegt. Es ist möglich, daß sich Sihanouk in Peking etwas eingeengt fühlt und nun, ehe die Würfel in Kambodscha fallen, seinem Tatendrang auch außerhalb Pekings Geltung zu verschaffen sucht.

(13) Chou En-lai zur Taiwan-Frage

Die Hong Konger linksliberale Zeitschrift "Ch'i-shih Nien-tai" ("Die siebziger Jahre") brachte in ihren Ausgaben vom Dezember 1972 und April 1973 zwei inoffizielle Notizen über Gespräche zwischen Chou En-lai und zwei Gruppen von chinesischen Intellektuellen aus den USA. Die Gespräche fanden in der Nacht vom 28. August 1972 und am Nachmittag des 4. Januar 1973 in der "Großen Volkskonferenzhalle" in Peking statt und dauerten 4 1/2 bzw. 2 1/2 Stunden. Ihre große Länge wurde dadurch ermöglicht, daß Dolmetscher entbehrlich waren. Nach den Berichten herrschte infolge des Gebrauchs der gemeinsamen Muttersprache eine außerordentlich intime Atmosphäre. Der Schwerpunkt beider Gespräche lag in der Taiwan-Frage. Chou En-lai bevorzugte in beiden Fällen als Gesprächspartner die eingeborenen Taiwan-Chinesen. Er fragte nach den sozialen Verhältnissen in Taiwan, den Lebensbedingungen der Minderheitenbevölkerung im Hochgebirge und denen der einheimischen Kapitalisten. Ferner interessierte er sich dafür, ob es in Taiwan auch Zeitungen und Schulen in der Hand einheimischer Unternehmer gäbe.

Bei dem Gespräch vom 28. August 1972 äußerte ein eingeborener taiwanesischer Professor die Hoffnung, daß Peking bald ein konkretes politisches Programm für die Zeit nach einer "Befreiung Taiwans" bekanntgeben möge. Dazu erklärte Ministerpräsident Chou, daß China infolge der außenpolitischen Isolation in der Vergangenheit sowie angesichts des Status quo zwischen Taiwan und dem chinesischen Festland bislang nicht in der Lage gewesen sei, den Wunsch der Landsleute besser zu erkennen. In Zukunft werde sich die Regierung mit dieser Frage intensiver beschäftigen. Allerdings hoffe er auch darauf, daß noch in den Jahren 1972 und 1973 mehr Landsleute aus Taiwan das chinesische Vaterland besuchten, um der Regierung dabei zu helfen, die Gedanken und Meinungen der Bevölkerung in Taiwan zu ermitteln und für später einen realistischen Plan über Taiwan zu entwerfen. Ein konkretes Programm für die Zukunft Taiwans nach einer "Befreiung" (durch Peking) wolle die chinesische Regierung deshalb nicht übereilt ausarbeiten und bekanntgeben, weil die Zeit noch nicht reif sei. Andererseits, so fügte Chou hinzu, rücke der Zeitpunkt hierzu mit der Normalisierung der chinesisch-japanischen Beziehungen immer näher. Er gab seiner festen Zuversicht hinsichtlich einer "Befreiung der taiwanesischen Landsleute" Ausdruck und betonte dazu nachdrücklich: " Falls ich dies nicht mehr erleben kann - Sie (die Teilnehmer des Gesprächs) werden es bestimmt noch erleben".

Bei dem zweiten Gespräch am 4. Januar 1973 beklagte sich ein Taiwanese über die ununterbrochenen Demütigungen der taiwanesischen Bevölkerung in der Vergangenheit und appellierte an China, sich wie ein aufrichtiger großer Staat zu verhalten, die völkische Selbstbestimmung in Taiwan zu unterstützen und die Insel vor der Einmischung und Aggression anderer Weltmächte zu schützen. Auf diesen Appell antwortete Chou, daß China, da es Taiwan nicht als fremdes Land betrachte, den imperialistischen Kunstgriff der Protektoratsübernahme nicht auf Taiwan anwenden könne. Er halte "Selbstbestimmung" für einen abstrakten Begriff. Praktisch komme es darauf an, daß die arbeitende Bevölkerung in Taiwan sich zum Herrn ihrer selbst mache. Der feste Wille

des chinesischen Volkes zur Befreiung Taiwans entspringe dem Gefühl der nationalen Verbundenheit mit den eigenen Landsleuten in Taiwan. Die Unabhängigkeitsbewegung Taiwans sah Chou als Folge der 50 Jahre andauernden Beherrschung der Insel durch Japan und darauf des Unheils unter Chiang Kai-shek an. Er verstand die Motive dieser Bewegung und begrüßte es auch, wenn deren Mitglieder - abgesehen von ihren Führern wie P'eng Ming-min (z. Zt. in Amerika) - China besuchten, damit man Meinungen austauschen könne. Allerdings sei das Prinzip, daß Taiwan Teil Chinas bleiben müsse, unabänderlich. Chou denke an die Losung einer "demokratischen Autonomie" für Taiwan, die man kurz nach Gründung der VR China in Umlauf gebracht habe und die immer noch gelte. Eine bessere Formel fehle zur Zeit noch.

Obwohl Chou En-lai eine Anwendung von Gewalt zur "Befreiung" Taiwans nicht in jedem Fall von der Hand wies, ziehe er derzeit eine friedliche Lösung vor. Er bejahte nachdrücklich, daß eine Übergangszeit für die Aufstellung einer "Volksregierung" erforderlich sei. Während der Dauer einer derartigen Phase müsse man den "reaktionären Kräften" Konzessionen einräumen. Aber was solle aus der großen Armee, aus dem ausländischen Kapital und der Arbeitslosigkeit nach einer Austreibung der ausländischen Unternehmer werden? Wie könnten die Bauern wirklich zu ihren Äckern kommen? Alle diese Fragen müsse die Regierung in Peking noch durchdenken und sie wolle keine willkürlichen konkreten Forderungen stellen. Weitere Schwierigkeiten wären zu erwarten, wenn die Regierung von sich aus ein politisches Programm für eine Übergangszeit oder eine demokratische Autonomie Taiwans vorlege. Sinnvoller sei es, wenn die Bevölkerung in Taiwan selbst Vorschläge mache. Chou sagte, daß er Verhandlungen mit der taiwanesischen Bevölkerung am meisten begrüßen würde. Dabei frage er sich, mit wem man sprechen solle. Zur Zeit könne ein Vertreter aus Taiwan wahrscheinlich immer noch nur von der Chiang Kai-shek-Clique entsandt werden. Chou äußerte zwar, daß er beim Stürzen des Regimes von Chiang Hilfestellung geben würde; doch möchte er Chiangs Macht in Taiwan nicht unterschätzen. Den Kampf auf der Insel könne er sich nicht so einfach vorstellen, und einen bloßen Aufruf zum Kampf von Übersee her (d. h. von seiten der Unabhängigkeitsbewegung) halte er für sinnlos.

Auf die Frage, ob sich die sowjetische Habgier auch auf Taiwan erstrecken könnte, antwortete der chinesische Ministerpräsident, daß er zwar an ihrer Habgier nicht zweifle; doch erschiene ihm dies Problem nicht so dringlich. Denn einerseits, so meinte Chou, liege die Sowjetunion geographisch zu weit entfernt; andererseits würde nicht nur das chinesische Volk einen Übergriff der Sowjets gegen Taiwan nicht zulassen, sondern auch die USA, die mit der Sowjetunion um die Hegemonie kämpften, würden ein Vordringen der sowjetischen Macht nach Taiwan nicht dulden. In dem Gespräch vom 28. August 1972 erzählte Chou, daß die Sowjetunion kürzlich sondiert habe, ob sie eine Genehmigung zur Benutzung der Hafenanlagen auf den P'enghu-Inseln (Pescadores) erlangen könnte. Chiang Kai-shek habe dies abgelehnt. Chou lobte, daß Chiang Kai-shek doch immerhin noch auf Wahrung der nationalen Unabhängigkeit bedacht sei. Dagegen hege er, Chou, Befürchtungen, daß vielleicht Chiang Ching-kuo (Chiang Kai-sheks Sohn und jetziger Ministerpräsident der nationalchinesischen Regierung, der von 1925 bis 1937 in der Sowjetunion studiert bzw. gearbeitet habe und dessen Frau Russin sei) den Sowjets gegenüber

Konzessionen hinsichtlich der staatlichen Souveränität und der Interessen der Bevölkerung von Taiwan machen könnte. (Am 12. Mai durchfuhr eine sowjetische Flotte ohne Widerstand seitens der nationalchinesischen Regierung die Taiwan-Straße. Dabei erklärten die Amerikaner, daß sie ihren Patrouillendienst in dieser Meerenge noch nicht aufgeben würden).

Bei dem Gespräch vom 4. Januar 1973 wurde auch die Tiao-yütai-Frage angeschnitten. Es handelt sich um die zwischen China (sowohl Peking als auch Taipei) und Japan strittigen Klippeninseln im Ostchinesischen Meer (130 sm nordöstlich von Taiwan und 255 sm von Okinawa entfernt), wo die Fachleute reiche Vorkommen von Mineralöl und Erdgas vermuten. Das Problem hatte schon früher die Beziehungen zwischen Taipei und Tokyo sehr belastet (Dazu vgl. Y.H. Nieh, "Der Streit um die Klippeninseln Tiao-yütai und das Problem des Festlandssockels im Ostchinesischen Meer", in: Verfassung und Recht in Übersee, 4. Heft 1971). Nach der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Tokyo und Peking hat sich auch diese Konfrontation verlagert. Der chinesische Ministerpräsident sagte hierzu, daß Peking mit Tokyo bislang über dieses Problem noch nicht verhandelt habe. Doch China, so versicherte Chou seinen Gesprächspartnern, werde seinen bereits bekanntgegebenen Standpunkt (Tiao-yütai als chinesisches Territorium seit jeher zu betrachten) nicht abändern. Dazu ergänzte er: Die Japaner könnten ruhig auf dem Meer an der Küste Untersuchungen anstellen; sie dürften jedoch keine Bodenschätze erschließen. Eine willkürliche Erschließung durch Japan würde China zu verhindern wissen.

(14) Thailand: Ende der Kuomintang-Truppen

Ein Hindernis auf dem Wege der Annäherung zwischen Bangkok und Peking wurde inzwischen beseitigt: 28 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges löste die thailändische Regierung die in ihren nördlichen und östlichen Grenzprovinzen stationierte 91. Division der Kuomintang-Armee auf. 5 000 Soldaten übergaben ihre Waffen und werden in Zukunft Äcker pflügen. Allerdings wird ihnen der weitere Anbau von Opium in Zukunft untersagt sein. Nach den Vereinbarungen mit der Thai-Regierung werden die KMT-Truppen alle Kriegsausrüstungen gegen Grund und Boden abgeben, den die Regierung ihnen für den "offiziellen" Eintritt in die Landwirtschaft bereitstellt. Unter den Befürwortern der neuen Politik gegenüber den restlichen KMT-Verbänden waren drei chinesische Generäle, die jeweils für eine thailändische Provinz zuständig waren. Sie erklärten sich damit einverstanden, alle Kampfaktivitäten mit anderen Streitkräften (Bergvölker, Partisanen) einzustellen und ihre Truppenbewegungen über die Grenze zwischen Thailand, Birma und Laos zu beenden, also in Thailand zu bleiben. Bangkok lobte die KMT-Truppen für ihre Nützlichkeit. Vor allem hätten sie - ganz im Sinne der Regierung - erfolgreich gegen kommunistische Infiltranten gearbeitet (Zusammenstellung von Nachrichten aus der thailändischen Presse in MD Asien 18.5.73, S.4-6).

Die Kuomintang-Truppen waren am Ende des Zweiten Weltkrieges von den aus Norden anstürmenden kommunistischen Verbänden in das "goldene Dreieck" zwischen Birma, Laos und Thailand abgedrängt worden.

AUSSENPOLITIK, ALLGEMEIN

(15) Chou En-lai zur neuen Atlantik-Charta, zur EG etc.

Am 14. Mai gab Premierminister Chou En-lai dem Chef der Agence France Presse, Jean Marin, ein Interview, in dem zunächst kurz französische Probleme angesprochen wurden.

Sodann äußerte sich Chou verwundert über die geplante Einbeziehung Japans in die neue Atlantik-Charta: "Was Kissinger genau meint, weiß ich nicht. Aber vielleicht wollte er folgende Einstellung der USA zum Ausdruck bringen: Länder, die nach dem Zweiten Weltkrieg 'die gleichen Freuden geteilt haben, sollen auch die gleichen Schwierigkeiten teilen', um hier einmal ein chinesisches Sprichwort zu zitieren. Möglicherweise hat er sich absichtlich etwas unklar ausgedrückt, um möglichst viele Kommentare zu provozieren. Wenn nicht, warum dann Japan erwähnen? Es ist wahr, man kann von einem 'Jahr Europas' sprechen. Vielleicht aber ist es doch etwas schwierig für Japan, an Konferenzen teilzunehmen, die Europa angehen. Nehmen wir z.B. die Frage der Truppenreduzierung. Selbst von den europäischen Ländern nehmen nicht alle an der einschlägigen Konferenz teil, sondern nur einige aus Ost und West.

Was die Europäische Sicherheitskonferenz angeht, so nehmen zwar alle europäischen Länder aus Ost und West teil. Aber Japan gehört doch nicht zum europäischen Kontinent. Deshalb ist es wohl unmöglich, daß Japan teilnimmt".

Jean Marin fragte weiter, was die chinesische Regierung über die EG denke. Chou antwortete: "Sowohl in unseren offiziellen Dokumenten als auch vor der UNO haben wir immer die EG unterstützt. Die Sowjets freilich glauben, daß unsere Unterstützung der EG ein gegen sie gerichteter Akt sei. Die Sowjets sind wirklich in all diesen Fragen recht empfindlich. In letzter Zeit ist ja ein gewisser Wandel in ihrem Verhältnis zu Europa eingetreten. Früher wollten sie offensichtlich überhaupt keinen Kontakt mit der Gemeinschaft. Doch jetzt scheinen sie plötzlich gewisse Kontakte zu wünschen."

Was übrigens die EG angeht, so gibt es für uns eine Reihe von Unklarheiten. Es fehlen uns einfach die nötigen Kenntnisse. Würde z.B. ein Vertreter Chinas in Brüssel wirtschaftliche und kommerzielle Beziehungen mit jedem europäischen Land gesondert behandeln können? " (abgedruckt in "Le Monde 17.5.73).

(16) Dreipunkteprogramm für Auslandschinesen

Auf einem Empfang in Osaka, Japan, den die in Japan ansässigen chinesischen "Patrioten" zu Ehren der Delegation des Chinesisch-Japanischen Freundschaftsverbandes veranstalteten, legte Delegationsleiter Liao Cheng-chih den "Landsleuten" folgende drei Aufgaben ans Herz:

1. freundschaftliche Beziehungen zum japanischen Volk aufrechtzuerhalten,
2. die Einheit untereinander sowie mit allen denjenigen Kräften zu wahren, die gemäß der Politik "alle Patrioten gehören derselben Familie an, ganz gleich, ob sie sich schon früh zur Sache des Vaterlandes bekannt oder sich ihr erst später angeschlossen haben", handeln,
3. über alle möglichen Kanäle die "Landsleute auf Taiwan" wissen zu lassen, daß das Volk des Mutterlandes ihnen gegenüber tiefste Zuneigung empfindet, da sie ja miteinander durch Blutsbande verbunden seien.

Was die Angehörigen der militärischen Dienste oder der Verwaltung von Taiwan betreffe, so brauchten sie sich nur um die Befreiung von Taiwan und um die Einigung des Vaterlandes verdient zu machen, um sicherzustellen, daß "wir sie herzlich willkommen heißen - ganz gleich, ob sie in der Vergangenheit Fehler begangen haben oder nicht".

Jedem in Taiwan lebenden Landsmann solle gleichzeitig klar gemacht werden, daß er sich keinen Illusionen über die Hilfe des Imperialismus oder des Sozio-Imperialismus hingeben dürfe (NCNA 30.4.73).

(17) Definition des "Neokolonialismus"

Am 7. Mai wurde in Wien die 7. Tagung der UNO-Kommission für Industrielle Entwicklung eröffnet. Erstmals nahm auch eine Delegation der VRCh teil. Leiter war der chinesische Botschafter in Österreich, Wang Yüeh-yi. Er wies in seiner Ansprache darauf hin, daß die grundlegende Ursache für den langsamen Fortschritt der Entwicklungsländer beim Aufbau der eigenen Industrien in den Nachwirkungen der langjährigen Aggression, Unterdrückung und Ausbeutung durch den Kolonialismus, Imperialismus und Neokolonialismus liege. Er sagte weiter: "Länder, die echte internationalistische Hilfe gewähren, müssen die Souveränität und Gleichberechtigung der Empfängerländer strikt wahren, dürfen keine Bedingungen stellen und Privilegien verlangen. Wenn jemand etwas gibt und aufgrund dessen meint, er sei berechtigt, Vorschriften zu machen, Abkommen zu zerreißen, Experten zurückzurufen und die industriellen Anstrengungen anderer Länder zu sabotieren, wenn diese sich weigern, "Befehlen" nachzukommen, ist das reinster Oberherrschftsanspruch des Neokolonialismus" (Deutlich wird hier auf die chinesisch-sowjetische "Zusammenarbeit" vor 1960 angespielt!). Weiter: "Wenn der 'helfende' Staat die meisten oder sogar alle natürlichen Ressourcen des Empfängerlandes in den Bereich seiner Ausbeutung einbezieht, um sie nach Belieben zu plündern und den Entwicklungsländern in solcher Weise 'hilft', sich zu 'industrialisieren', wenn die Industrien der Empfängerländer zu Tochterindustrien gemacht werden, die vom Geber abhängig sind und als Rohstofflieferanten bzw. verarbeitende Industrien dienen, so ist das echter Neokolonialismus." Wang forderte nachdrücklich, daß die Kommission (UNIDO) in keiner Form Kontrolle und Monopole zulassen dürfe (NCNA 8.5.73).

INNENPOLITIK

(18) Maifeiern

Für die Chinesen ist der 1. Mai einer jener sechs jährlichen Feiertage, die - nachdem das Echo der Kulturrevolution verhallt ist - immer mehr zu Familienfesten werden..... Überall in Peking waren am 1. Mai die Häuser geschmückt und am Abend schien die Stadt wie in ein Meer von Lampions getaucht. Auch gab es zahlreiche Akrobatenvorstellungen, Theateraufführungen und Tänze.

Hsinhua meldet dazu, daß Hunderttausende anlässlich des "internationalen Tags der Arbeit" Chinas gigantische Siege in der Großen Proletarischen Kulturrevolution und seine neuen Siege auf allen Sektoren der Arbeit dank der "Bewegung der Kritik am Revisionismus und Berichtigung des

Arbeitsstils" gefeiert hätten. Viele Landsleute aus Taiwan, Hong Kong, Macao, Auslandschinesen und Staatsangehörige anderer Länder chinesischer Abstammung seien anwesend gewesen. Im Mittelpunkt habe die Weisung gestanden, "tiefe Schächte zu graben, überall Getreide zu speichern und niemals nach Hegemonie zu streben". U.a. wurden zahlreiche führende Persönlichkeiten aufgezählt, die sich unter die Menge mischten und an den vielen Feierlichkeiten teilnahmen. Mao Tse-tung wurde allerdings nicht genannt (NCNA 1.5.73).

Im sozialistischen Ausland wurde dieser Stil des Festfeierns z.T. kritisch bewertet. Radio Prag z.B. meinte: "Obwohl sich die chinesische Volksrepublik als wahre Verteidigerin des Sozialismus ausgibt, fanden weder in der chinesischen Hauptstadt noch sonstwo im Lande Maiumzüge oder Volksmanifester statt".

Chinesische Delegationen, die gerade im Ausland waren, nahmen z.T. an den lokalen Maifeierlichkeiten teil, so z.B. die Journalistendelegation, die Anfang Mai auch Hamburg besucht hatte. Sie besuchte die von 50 000 Menschen auf dem Münchner Königsplatz veranstaltete Maifeier. Dabei trugen, wie Hsinhua hervorhebt, zahlreiche Menschen "rote Fahnen, Spruchbänder und Plakate mit Parolen wie z.B. "Kampf der Lohnräuberei, den Preissteigerungen und der politischen Unterdrückung!", "Gleicher Lohn für gleiche Arbeit von Männern, Frauen, Lehrlingen und ausländischen Arbeitern!" (NCNA 2.5.73).

(19) Tag der Jugend und Aufbau der KJL

Drei große Feiertage finden im Mai statt: der Tag der Arbeit (1. Mai), der Tag der Jugend (4. Mai) und der Gedenktag an Maos berühmte Weisung vom 7. Mai 1966, die eine neue Kaderpolitik eingeleitet hat.

Der 4. Mai wurde zum Gedenken an die großen revolutionären Ereignisse von 1919 während des Krieges gegen Japan im Grenzgebiet Shensi-Kansu-Ninghsia zum Tag der Jugend erklärt. Diese Anordnung wurde nach der Gründung der VRCh im Jahre 1949 offiziell bestätigt und beibehalten. Das Ereignis des 4. Mai 1919 ist umso bedeutsamer, als von diesem Tage an der Beginn der Neudemokratischen Revolution in China gerechnet wird.

Zum Gedenken an diesen Festtag fand diesmal am Vorabend ein vom Komitee des KJL der Stadt Peking und dem Städtischen Ausschuß für Körperkultur und Sport veranstalteter Fackellauf statt, an dem mehr als 15 000 Mitglieder des Jugendverbandes, der Rotgardisten und andere Jugendliche teilnahmen (PRU 1973 Nr. 19 S. 4).

Der Tag der Jugend stand vor allem unter dem Zeichen des Wiederaufbaus der Jugend-Liga. Versammlungen von Liga-Angehörigen wurden aus allen Provinzen gemeldet. Radio Hargchou (SWB 10.5.73) berichtete über "alle Arten von Feiern in kleinem Rahmen in enger Abstimmung auf die augenblickliche Situation und ihre Aufgaben". Etwa 10 000 junge Leute aus Hangchou und anderen Orten der Provinz besichtigten revolutionäre Literatur- und Kunstwerke, sahen Filme und Sportwettbewerbe. Auf offiziellen Veranstaltungen wurde zur Nachahmung des Musterhelden Lei Feng aufgefordert sowie zur intensiven Beteiligung an der Kritik-Kampagne.

17 Provinzen haben inzwischen bereits ihren Jugendliga-Kongreß durchgeführt und ein neues Provinzkomitee gewählt bzw. stehen mitten in den Vorbereitungen. Allein in der Zeit vom 24. 4. bis zum 4. 5. fanden Kongresse in den Provinzen Hopei, Shensi, Kansu und Kueichou statt (NCNA 6.5.73). In den